

tete, leben etwa 200 Säuglinge und Kleinkinder unter vier Jahren im Lager der sechsten Division der maoistischen Armee PLA in Dasarathpur, Surkhet Distrikt, Westnepal. Den Kindern fehle es an der notwendigen Zuwendung und Versorgung, teilte der NHRC Regionalleiter Bed Prasad Bhattarai in einer Presseerklärung mit. Außerdem seien dort 22 Kämpfer unter 18 Jahre untergebracht, die sich aufgrund schwerer Verwundung während des Aufstands bis heute in einem so schlechten körperlichen und seelischen Zustand befänden, dass sie dringend ärztliche Behandlung benötigten, die sie dort nicht erhielten. Einige Insassen des Lagers hätten sich beklagt, seit elf Monaten keinen Sold erhalten zu haben. Die NHRC forderte alle Verantwortlichen auf, die Grundrechte der Lagerinsassen zu gewährleisten und sich um die soziale Wiedereingliederung der Kindersoldaten zu kümmern, wenn sie das Lager verlassen.

Frisches Geld für staatliche Ölgesellschaft

Anfang September hat die Regierung der staatlichen Ölgesellschaft NOC eine Bürgschaft für die Aufnahme neuer Kredite in Höhe von drei Milliarden Rupien gegeben. Das frische Geld soll der stark verschuldeten NOC bei der Finanzierung des Imports von Rohöl und Ölprodukten wie Flüssiggas und Kerosin helfen. Die monatlichen Verluste der NOC beliefen sich im September auf 400 Millionen Rupien, bei einem Ölpreis von 115 US-Dollar pro Barrel. Wie ein Sprecher des angeschlagenen Staatsbetriebs mitteilte, seien Regierungssubventionen so lange nötig, bis die Regierung einen automatischen Preismechanismus einführt, der es der NOC ermöglicht, die Preise dem jeweiligen Marktpreis des Öls anzupassen. Da der Ölpreis zwischenzeitlich auf 104 US-Dollar pro Barrel gesunken ist, wird mit einer Verringerung des Defizits in den kommenden Monaten gerechnet.

Gebrochene Versprechen

Straflosigkeit verhindert Aufarbeitung begangener Menschenrechtsverletzungen

Thomas Döhne

Seit den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung am 10. April 2008 ist die internationale Medienaufmerksamkeit für Nepal wieder abgeebbt. Die Monarchie ist beendet, der Ex-König hat den Palast geräumt. Am 28. Mai 2008 wurde Nepal zur Republik erklärt. Aus dem ehemaligen Guerillachef Prachanda („Furchterregender“) ist inzwischen der respektable Ministerpräsident Pushpa Kamal Dahal geworden. Eine Koalitionsregierung unter Führung der maoistischen Kommunistischen Partei Nepal (CPN-M) ist im Amt. So weit, so gut!

Doch das Land befindet sich in einer sehr schwierigen Übergangsphase, in der politische Rivalität schnell in gewaltsame Konfrontation mündet. Unliebsame Journalisten und Menschenrechtsaktivisten werden verfolgt und erhalten anonyme Morddrohungen. Jüngstes Beispiel ist der Mitte November erfolgte Brandanschlag bewaffneter Maskierter auf die Büros der nepalischen Zeitschrift *Himal Khabarpatrika* in Kathmandu, bei

dem 5 000 druckfertige Exemplare der aktuellen Ausgabe zerstört wurden, die sich in einem Leitartikel unter der Überschrift „Schläger-tum“ (*Goonda-dom*) kritisch mit der etablierten Gewaltkultur militanter Jugendorganisationen befasst hatte. Zuvor war der Direktor der Zeitschrift von Unbekannten angegriffen worden. Drei Mitarbeiter des Verlagshauses *Himalmedia* erhielten Morddrohungen und mussten an sichere Orte verbracht werden.

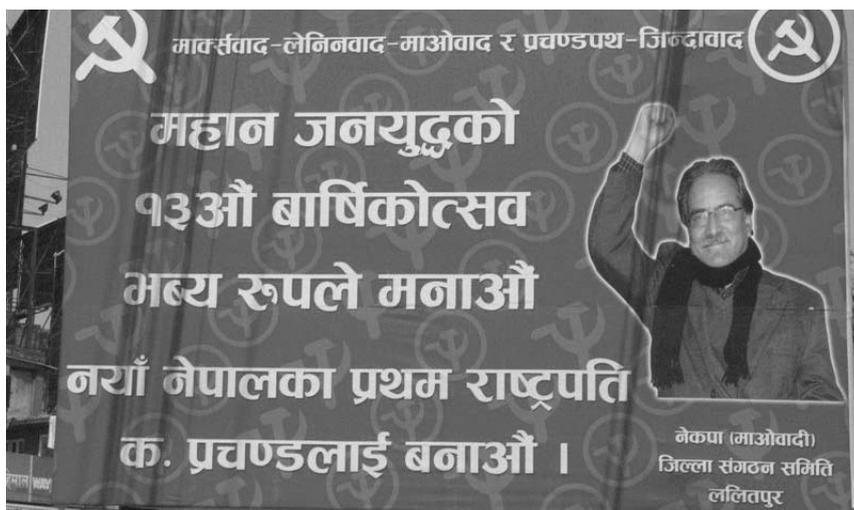
Gewalt greift um sich

Militante Studentenorganisationen und Jugendverbände wie die maoistische Frontorganisation *Young Communist League* (YCL), die nach inoffiziellen Angaben 200 000 Mitglieder hat, und die vor einigen Monaten gegründete *Youth Front* (YF) der Kommunistischen Partei Nepal (UML) verbreiten ein Klima der Einschüchterung und Angst. Sie erheben Schutzgelder von (Privat-) Schulen, Krankenhäusern, Betrieben

und Geschäftsleuten oder werben in der Öffentlichkeit aggressiv um Spenden. Allein in den letzten drei Monaten hat es mindestens 30 bewaffnete Konfrontationen von YCL, YF und anderen militanten ethnischen Organisationen gegeben. Der schlimmste, noch ungeklärte Vorfall resultierte in der Entführung und Ermordung zweier Studenten, vermutlich durch Kader der YCL. Im Tiefland Terai kommt es fast täglich zu Übergriffen, Entführungen, Anschlägen und Morden seitens bewaffneter Splittergruppen, die bewusst ethnische Spannungen schüren und kaum mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen haben. Regierungsvertreter stehen mit einem Teil dieser Gruppen in Kontakt, um sie in den Friedensprozess einzubinden. Doch das ist nicht einfach, denn die Grenzen zwischen politischem und kriminell Agieren dieser Gruppen sind fließend.

Verbleib vieler Verschwundener ungeklärt

Unter Strafflosigkeit versteht man die Straffreiheit von Menschenrechtsverletzungen. Durch Strafflosigkeit werden den Opfern und ihren Angehörigen drei fundamentale Rechte vorenthalten: Das Recht auf Wahrheit, das Recht auf Rechtsprechung und das Recht auf Entschädigung. Die bisher nicht aufgearbeiteten Menschenrechtsverletzungen werfen lange Schatten auf die im Umfassenden



Wahlplakat mit Prachanda, April 2008.

Friedensabkommen vom 19. November 2006 getroffenen Vereinbarungen zur Klärung und Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels. In den Jahren 2004 und 2005 erlangte Nepal den traurigen Ruf, weltweit das Land mit den meisten Verschwundenen zu sein.

Opferverbände gehen davon aus, dass während des bewaffneten Konflikts mehr als 3 000 Menschen „verschwunden“ sind. Fast zwei Jahre nachdem der Staat und die CPM (Maoisten) im Friedensabkommen schriftlich vereinbarten, „innerhalb von 60 Tagen Namen, Kaste und Status der während des Konflikts verschwundenen Bürger und Bürgerinnen zu veröffentlichen und den Familien Auskunft über den Verbleib ihrer Angehörigen zu geben“, ist das Schicksal von mindestens 970 verschwundenen Menschen bis heute nicht aufgeklärt.

Täter setzen auf Strafflosigkeit

Die rechtliche Aufarbeitung dieser Menschenrechtsverletzungen geht nur schleppend voran. Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass seitens der politischen Eliten wenig Interesse an einer lückenlosen Aufklärung dieser Vorkommnisse besteht. Entweder, weil sie selbst auf die eine oder andere Weise darin verstrickt sind, oder weil sie das Vergangene hinter sich lassen wollen und andere Prioritäten verfolgen. Daher können die Täter bislang auf Straf-

losigkeit setzen. Werden sie nicht im Rahmen eines Strafverfahrens identifiziert und verurteilt, erhalten ihre Opfer häufig weder materielle Entschädigung noch moralische Rehabilitierung. Für eine Vielzahl gesundheitlich schwer beeinträchtigter Opfer kann dies ein Leben unterhalb der Armutsgrenze ohne ausreichende medizinische Versorgung bedeuten. Strafflosigkeit liefert damit Menschen der Schutzlosigkeit aus. Sie signalisiert potentiellen Tätern, dass auch zukünftig schwerste Menschenrechtsverletzungen hingenommen werden und untergräbt die Wiederherstellung rechtstaatlicher Zustände auf Jahre hinaus.

Das Beispiel Maina Sunuwar

Der Fall von Maina Sunuwar hat traurige Berühmtheit erlangt und wurde vor kurzem von dem nepalischen Regisseur K P Pathak verfilmt. Die 15jährige Schülerin war im Februar 2004 anstelle ihrer Mutter Devi, der man Verbindungen zu Maoisten nachgesagt hatte, von Soldaten der königlich-nepalischen Armee verhaftet worden. Sie war – so stellte sich erst viele Monate nach ihrem „Verschwinden“ heraus – im Birendra Trainingszentrum für Internationale Friedenseinsätze der UN in Panchkhal, Kavre Distrikt, zu Tode gefoltert worden. Beharrliche Nachforschungen der Mutter und breite Unterstützung seitens von Menschenrechtsorganisationen führten schließlich dazu, dass die



Plakat mit Verschwundenen.

schrecklichen Umstände ihres Todes aufgeklärt werden konnten. Nachdem die Armee lange Zeit versucht hatte, die Wahrheit zu vertuschen, wurden im März 2005 drei an dem Verbrechen beteiligte Offiziere der nepalischen Armee vor ein Militärgericht gestellt. Sie kamen mit symbolischen Strafen wie vorübergehender Suspendierung vom Dienst und Degradierung wegen „Verletzung der Dienstvorschriften“ davon. Eine Zivilklage der Mutter wurde lange verschleppt. Erst im Februar 2008, wurde Anklage gegen vier beteiligten Armeeeoffiziere wegen illegaler Festnahme, Folter und Tötung von Maina Sunuwar erhoben und Haftbefehle erlassen. Die Beschuldigten befinden sich bis heute auf freiem Fuß.

„Kultur der Straflosigkeit“

Die Anwaltsvereinigung *Advocacy Forum*, die die Rechte der Angehörigen von Maina Sunuwar vertritt, hat die Fälle von 8 000 Opfern dokumentiert und leistet betroffenen Familien Rechtsbeistand. Darunter sind sowohl Opfer staatlicher Willkür als auch Opfer maoistischer Gewalt. Das Beispiel Maina Sunuwar zeigt, wie schwierig im derzeitigen politischen Umfeld die juristische Aufarbeitung eines gut dokumentierten Falles ist, der durch Zeugenaussagen sowie forensische Beweise gestützt wird. Er wirft ein trübes Licht auf die Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit des bestehenden Rechtssystems, das nicht in der Lage oder willens ist, die Strafverfolgung solcher Verbrechen zügig und ohne Ansehen der Person durchzuführen.

Nach Auffassung führender Menschenrechtsvertreter hat sich in Nepal eine „Kultur der Straflosigkeit“ etabliert. Staatlichen Autoritäten wird keine Rechenschaftspflicht abverlangt. Das Vertrauen in die bestehenden Rechtsorgane und der Respekt für die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen sind erodiert: Weder die Sicherheitskräfte noch bewaffnete Oppositionsgruppen haben bisher erkennbare Schritte eingeleitet, um die Glaubwürdigkeit innerhalb der eigenen Reihen

zu verbessern. Es gibt daher keinen Anlass zur Annahme, dass die Menschenrechtsverletzungen von bewaffneten Gruppen und die Missachtung menschenrechtlicher Normen in spezifischen Bereichen (z.B. Gewalt gegen Frauen) von allein verschwinden und die in der Interimverfassung festgehaltenen Verpflichtungen ohne weiteres eingehalten werden. Auch von internationaler Seite muss Druck ausgeübt werden, damit in Nepal eine friedlichere Gesellschaft entstehen kann.

Ende der Straflosigkeit angekündigt

Die von den Maoisten geführte Koalitionsregierung hat sich nach eigenem Bekunden drei zentrale Ziele gesetzt: innerhalb der nächsten zwei Jahre eine neue Verfassung erarbeiten, den Friedensprozess erfolgreich zu Ende füh-

ren und die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen. Der Fokus der Regierungsarbeit soll auf Armutsbekämpfung liegen, Vereinbarungen des Friedensabkommens sollen vollständig umgesetzt werden. Dazu zählen u. a. die Integration der maoistischen Kämpfer in die Armee, die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Ordnung sowie das Ende der Straflosigkeit. Erst wenn diese Versprechen umgesetzt werden, wenn die Straflosigkeit beendet und begangenes Unrecht konsequent aufgearbeitet wird, kann es ein friedliches, neues Nepal geben. Der Vollzug der Haftbefehle und die Eröffnung des Verfahrens gegen die Verdächtigen im Mordfall Maina Sunuwar könnten ein guter Anfang sein – doch zur Zeit sieht es nicht so aus, als ob dies bald geschieht.



Oben: KTM Wahlen, 4. April 2008.

Unten: Maoistischer Aktivist in KTM.